Zum KP-Parteitag in China - Wie groß ist unsere Technologie-Abhängigkeit von der Volksrepublik?

Christoph Heinemann im Gespräch mit Thomas Erndl (CSU), stellvertretender Vorsitzender im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

"Informationen am Morgen", 17.10.2022, 6:50 Uhr

Christoph Heinemann: Ordnung und Stabilität in Partei und Verwaltung. Wirtschaftswachstum, Wohlstand für viele, solange sie die Rolle als Untertanen annehmen. Wer den Mund aufmacht, wird niedergeknüppelt und landet hinter Gittern.

In der Provinz Xinjiang werden Uiguren regierungsamtlich niedergemacht. Die Corona-Krise bekommt China nicht in den Griff. Vertuschen, Lügen und menschenunwürdiges Verhalten prägen die Politik der Regierung.

Seinen Platz an der Sonne sichert sich China durch Kooperation mit Entwicklungs- und Schwellenländern, um Rohstoffe zu sichern. Die Insel Taiwan erwartet das Schicksal Hongkongs, entweder friedlich oder mit militärischen Mitteln. Und die Bevölkerungszahl schrumpft deutlich.

Das ist das China des Xi Jinping. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei lässt sich während des 20. Parteitages feiern und mit absoluter Macht ausstatten. Und spätestens nach der Kehrtwende in den deutsch-russischen Beziehungen ist klar, dass auch das Verhältnis zu China auf den Prüfstand gehört. Annalena Baerbock warnt vor Abhängigkeiten. Olaf Scholz, der im November nach Peking reisen wird, sagt, wir müssen die Geschäfte mit China weitermachen.

Wir haben vor anderthalb Stunden Thomas Erndl erreicht (CSU), stellvertretender Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages, Wahlkreis Deggendorf in Bayern, und mit ihm das folgende Gespräch geführt. - Guten Morgen, Herr Erndl!

Thomas Erndl: Guten Morgen, Herr Heinemann.

Heinemann: Herr Erndl, friedlich oder militärisch. Wir wollen zunächst einmal auf das schauen, was Parteichef Xi Jinping gestern gesagt hat. Er hat gesagt, Taiwan gehört uns. Und der ehemalige australische Ministerpräsident Kevin Rudd, Sinologe und China-Kenner, sagt im „Spiegel“, er, Rudd, erwarte einen chinesischen Angriff auf Taiwan Ende der 20er oder Anfang der 30er Jahre. Wie sollte sich der Westen darauf vorbereiten?

Erndl: Zum einen ist es tatsächlich sehr besorgniserregend, was wir da von der Rede des Staatspräsidenten gestern gehört haben, und ja, wir müssen uns im Klaren sein, dass wir Position beziehen müssen. Die Politik gegenüber China, die wir in den letzten Jahren und in der langen Zeit gefahren haben und von der wir auch sehr profitiert haben, China als

Absatzmarkt, China als günstige Werkbank, die wird so in diesem Ausmaß nicht mehr funktionieren. Wir müssen die politischen Kosten dieser Politik besser einpreisen.

Heinemann: Ist China noch Partner oder bereits Gegner?

Erndl: Ich glaube, dass „systemischer Wettbewerber“ diese Ambivalenz ganz gut ausdrückt. Ich persönlich sehe nicht, dass wir eine harte Abkoppelung jetzt vornehmen können, aber wir müssen uns doch der Gefahren bewusst sein und müssen auch politisch diesem außenpolitischen Anspruch, dieser aggressiven Außenpolitik entgegentreten und da auch klar Position beziehen.

Heinemann: Das heißt, wir müssen uns darauf einstellen, dass auch nach einem möglichen Ende von Putins Krieg die Zeitenwende nicht vorbei sein wird?

Erndl: Das ist korrekt. Wir gehen unruhigeren Zeiten entgegen und müssen als Deutschland und dann natürlich auch als Europa hier unsere Position finden, weil wir diesen Gegensatz USA-China über lange Zeit sehen werden.

Heinemann: Herr Erndl, mit welcher industriepolitischen Ausrichtung der chinesischen Führung rechnen Sie für die kommenden Jahre?

Erndl: Ich glaube, man hat jetzt bei der Rede deutlich gesehen, dass die Chinesen das Wirtschaftswachstum nicht mehr an allererste Stelle stellen, sondern dass die ideologische Weiterentwicklung, die Repression, die Überwachung da Vorrang haben wird und letztlich auch der außenpolitische Anspruch. Das muss uns beschäftigen. Ich glaube, dass wir eine Abkühlung erleben werden, weil wie gesagt Wirtschaftswachstum nicht mehr an allererster Stelle steht und das auch für deutsche Unternehmen Auswirkungen haben wird. Deswegen

müssen wir, glaube ich, schleunigst den Unternehmen auch andere Handelswege, andere Regionen anbieten, dafür politisch den Weg bereiten, Freihandelsabkommen mit Kanada, Südamerika, vieles liegt auf dem Tisch, um langsam ein Wachstum in anderen Regionen zu erreichen, das damit auch die Abhängigkeit von China verringert. Kurzfristig müssen wir tatsächlich schauen, Medikamente, medizinische Güter etc., da wo es wirklich eine Abhängigkeit gibt, was durch Corona sichtbar geworden ist, das müssen wir auch recht kurzfristig anpacken.

Heinemann: Wie hoch schätzen Sie diese Abhängigkeit ein?

Erndl: Wenn man jetzt die reinen Zahlen sieht, quer über alle Wirtschaftsbereiche, dann ist das jetzt nicht existenziell, aber doch für manche Branchen, siehe Automobilindustrie, von großem Gewicht, und das muss uns selbstverständlich beschäftigen.

Heinemann: Wie kann man diese Abhängigkeit verringern?

Erndl: Wie ich eben sagte: Ich glaube, wir müssen politisch den Weg bereiten, eine engere Partnerschaft mit anderen verlässlichen Partnern, mit anderen Demokratien auf den Weg bringen. Da werden wir einen großen Bogen spannen müssen und vielleicht nicht jede lupenreine Demokratie oder nicht lupenreine Demokratie da ausschließen dürfen. Aber doch müssen wir auf eine engere Partnerschaft mit anderen Regionen setzen und so Schritt für Schritt die wirtschaftliche Abhängigkeit von China reduzieren.

Heinemann: Herr Erndl, haben Sie den Eindruck, dass das Problem in den Führungsetagen der deutschen Wirtschaft erkannt ist?

Erndl: Ja, ich habe schon den Eindruck, dass wir jetzt auch mit dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine ein Umdenken feststellen. Ich muss sagen, wir haben ja schon seit einiger Zeit auch vom BDI sehr differenzierte Betrachtungen Chinas erleben dürfen, und insofern gehe ich davon aus, dass die Situation erkannt ist. Aber ich bin mir auch bewusst, dass für viele Unternehmen keine schnelle Abkehr von China möglich sein wird.

Heinemann: Sie sind ausgebildeter studierter Elektroingenieur. Sie haben selbst in einem Technologieunternehmen gearbeitet. Herr Erndl, wie kann verhindert werden, dass chinesische Unternehmen westliche Technologie stehlen und damit den Westen überholen?

Erndl: Ja, wir müssen natürlich auch sehen, was die Amerikaner gemacht haben. Die haben jetzt auch noch mal ihre Politik gegenüber China gerade im Technologiesektor verschärft. Für amerikanische Mitarbeiter chinesischer Unternehmen wurde das zum Grundsatzproblem. Da sind viele auch ausgestiegen und nach USA zurückgekehrt. Wir haben diese Frage, Technologiediebstahl und Diebstahl von Knowhow, schon über einen langen Zeitraum und die Industrie hat immer abgewogen, ist der Markt und der Markterfolg wichtiger als das eigene Wissen, und hat da individuell eine Abwägung getroffen. Aber ich glaube, wir müssen restriktiver unterwegs sein, und vor allem müssen wir als Europäer aufpassen, dass wir hier im Gleichklang mit den Amerikanern oder zumindest in sehr enger Abstimmung mit den Amerikanern handeln, weil ich glaube, sonst haben wir als Westen keine Chance, wenn wir nicht eine abgestimmte Politik hier machen.

Heinemann: Die USA wollen jetzt die Ausfuhr von Halbleitern erschweren. Ist das der richtige Kurs?

Erndl: Angesichts der chinesischen aggressiven Außenpolitik sind das Fragen, mit denen wir uns als Europäer beschäftigen müssen.

Heinemann: Herr Erndl, unter Angela Merkel wurde ein Teil der deutschen Gas-Infrastruktur an Russland verkauft. Was bedeutet dieses Beispiel für chinesische Investitionen in deutsche kritische Infrastruktur oder Spitzentechnologie?

Erndl: Wir müssen da tatsächlich sehr viel stärker darauf achten, dass keine kritische Infrastruktur in chinesische Hände gelangt. Wir haben diese Schwellen bereits verändert. Das war viel zu locker in den vergangenen Jahren. Es wurde bereits ein erster Schritt gemacht, aber ich glaube, wir müssen da insgesamt noch viel, viel stärker darauf achten, dass China hier den Einfluss in Deutschland und in Europa nicht weiter ausweitet und Abhängigkeiten noch stärker eintreten, als das bisher der Fall ist.

Heinemann: Wie bewerten Sie vor dem Hintergrund die angestrebte Beteiligung des chinesischen COSCO-Konzerns an einem Container-Terminal des Hamburger Hafens?

Erndl: Ich denke, dass wir dieser Frage oder dieser Beteiligung nicht nähertreten sollen. Da gibt es auch einen Dissens zwischen der Bundesebene und der Hamburger Lokalpolitik und ich glaube, dass das verhindert werden sollte.

Heinemann: Herr Erndl, grundsätzlich: Für wie innovationsfähig halten Sie ein System, das den Menschen vorschreibt, was sie tun, wie sie sich zu benehmen haben, und sie nicht als Bürgerinnen und Bürger behandelt?

Erndl: Das ist eine sehr spannende Frage. Ich war tatsächlich über einen langen Zeitraum der Ansicht, dass die Entwicklung, diese technologische Entwicklung, die Innovation und den

Fortschritt, den wir, den der Westen geschafft hat, dass das tatsächlich nur in einer freien Gesellschaft geht. Wir müssen aber feststellen, dass die Chinesen in manchen Bereichen uns überholt haben, aufgeholt haben, und wir sehen schon auch, dass Innovation in diesem System möglich ist. Jetzt muss man aber feststellen, dass das in den letzten Jahren auch sehr viel restriktiver geworden ist. Die Covid-Politik hat ja nicht nur gesundheitliche Gründe, sondern es ist ein Vorwand, um den Repressions- und Überwachungsstaat auszubauen, und da bin ich mal sehr gespannt, wie das weitergehen wird, weil ich glaube, so ein restriktiver und repressiver Staat unterdrückt dann doch irgendwie die Innovationskraft. Aber wir sollten uns trotzdem sehr, sehr intensiv die Dinge beobachten. Ganz so einfach zu beurteilen ist das nicht mehr, weil wie gesagt, China in manchen Bereichen doch uns technologisch auch schon voraus ist.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.